

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Name/Durchwahl:
Mag. Wolfgang Köpl /2054
Geschäftszahl:
BMWfJ-15.800/0022-Pers/6/2013

Ihre Zahl/Ihre Nachricht vom:

Antwortschreiben bitte unter Anführung
der Geschäftszahl an die E-Mail-Adresse
post@pers6.bmwfj.gv.at richten.

E-Control; Stromkennzeichnungsverordnungs-Novelle 2013. Ressortstellungnahme

Das Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend teilt zum Gegenstand Folgendes mit:

I. Allgemeines:

Vorauszuschicken ist, dass die Bestrebungen der E-Control - auf Grund gesetzlicher Bestimmungen -, den Graustromanteil in Österreich zu minimieren und die Transparenz von Stromkennzeichnung bei Pumpspeichieranlagen zu erhöhen, um in der Vergangenheit erhobenen Vorwürfen des Weiß- bzw. Grünwaschens von Energie, die nicht aus erneuerbaren Quellen stammt, entgegen zu wirken, von Seiten des BMWfJ vollinhaltlich unterstützt werden. Die Notwendigkeit des Ausbaus von Speicherkapazitäten, von denen aus gegenwärtiger Sicht Pumpspeicherkraftwerke die einzige großtechnisch verfügbare und marktfähige Speichertechnologie darstellen, um die verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien für die künftige Stromversorgung bestmöglich realisieren zu können, erfordert auch aus ho. Sicht einen gesonderten Umgang mit dieser speziellen Energiespeicher- und -erzeugungsform.



II. Zu den einzelnen Bestimmungen:

1) Monatliche Bilanzierung und Erbringung von Nachweisen durch Pumpspeicherkraftwerke:

Das BMWFJ erachtet in Zusammenhang mit § 8a Abs. 1 und 2 eine zeitnahe Übertragung der Nachweise für von Gesetzes wegen zwingend erforderlich und eine monatsweise Verwaltung für durchaus sinnvoll, um einen Zusammenhang der Stromerzeugung und Weitergabe zu den jeweiligen Pumpspeichervorgängen herstellen zu können. Dabei muss jedoch sicher gestellt werden, dass missverständliche Formulierungen vermieden und Fehldeutungen in die Richtung, es werde die Vorlage monatsweiser Nachweise gefordert, ausgeräumt werden. Aus diesem Grunde erscheint es notwendig, im Verordnungstext explizit auf die Erzeugung, Verwendung und Löschung von Nachweisen auf jährlicher Basis hinzuweisen und darzulegen, dass es sich um eine jährliche Erfassung der Nachweise handelt.


2) Austausch jener Nachweise, die sich länger als drei Monate auf dem Pumpspeicherbetreiberkonto befinden, durch gleichwertige Nachweise:

Da der Handel mit Herkunftsnachweisen iSd Art. 15 der RL 2009/28/EG grundsätzlich erlaubt ist, scheint die Bestimmung des § 8a Abs. 4 nicht erforderlich. Von Gesetzes wegen implizit Verboten ist aus Transparenzgründen lediglich, durch den Handel eine Veränderung des tatsächlich aus dem Netz entnommenen Energiemixes herbeizuführen und damit die Nachweisbarkeit und Nachvollziehbarkeit der Herkunft des entnommenen Stromes zu verschleiern. Der bloße Austausch von Zertifikaten einer erneuerbaren Quelle älteren Datums gegen solche aus dem gleichen Primärenergieträger jüngerem Datums, ist daher schon aus den allgemeinen Grundsätzen des Zertifikatehandels erlaubt und bedarf aus Sicht des BMWFJ keiner gesonderten Regelung. Es wird daher statt des § 8a Abs. 4 SKV-Novelle 2013 ein Hinweis in den Erläuterungen bezüglich der grundsätzlich bestehenden Möglichkeit, des Austausches älterer Zertifikate gegen jüngere Nachweise für Strom aus dem gleichen Primärenergieträger, angeregt.

3) Ex post-Berechnung der Über-/Unterdeckung von Pumpspeichern mit Nachweisen auf individueller Basis:

§ 8a Abs. 5 scheint, unter Bedachtnahme auf den Umstand, dass bereits durch den Gesetzgeber in § 79a Abs. 2 Satz 2 ElWOG 2010 im Wege einer Gesetzesfiktion die Lösungsquote aufgrund von Pumpverlusten statistisch mit 25% festgelegt wurde, nicht mehr erforderlich. Zur Vermeidung allfälliger Auslegungsdiskrepanzen sowie zur administrativen Vereinfachung des Systems wird angeregt, § 8a Abs. 5 zu streichen. Es mag zwar durchaus der Realität entsprechen, dass verschiedene Pumpspeicherkraftwerke einen höheren oder niedrigeren Wirkungsgrad als 75% haben, dieser Umstand wurde jedoch bereits vom Gesetzgeber einer - bei statistischer Betrachtung im Ergebnis ausgeglichenen - Lösung zugeführt und muss im Übrigen aufgrund der Möglichkeit eines unionsweiten Handels mit Stromnachweisen, soweit es nicht zu Verfälschungen des Energiemixes von Strom aus Pumpspeicherkraftwerken kommt, auch nicht zwingend einer gesonderten Regelung zugeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen
Wien, am 05.11.2013
Für den Bundesminister:
Mag.iur. Georg Konetzky

Signaturwert	mgn3FMEAy9wF7347GDVCVON1vHzRhUQSUSK40GukcZrGCerb/4UQRwd9OwXmsPelh aOP/CiLLkQeeVFitrGqB9gkPXjSBMOGzk2Raa2MK5e5yet2EymKaWlaxxhxYqRZVx HG+6pdKxMjTaeOrve7EahN33M5I7p/pbnV1bjsWnY=	
	Unterzeichner	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
	Datum/Zeit-UTC	2013-11-05T14:16:52+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	513089
	Methode	urn:pdfsigfilter:bka.gv.at:binaer:v1.1.0
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: https://www.signaturpruefung.gv.at/ . Die Bildmarke und Hinweise zur Verifikation eines Papierausdrucks sind auf https://www.bmwfj.gv.at/amtssignatur oder http://www.help.gv.at/ veröffentlicht.	